

Gesetz-Sammlung

für die
Königlichen Preussischen Staaten.

— Nr. 33. —

(Nr. 9491.) Verordnung, betreffend die Kautionen der Beamten aus dem Bereiche des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten.
Vom 2. November 1891.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen u.
verordnen auf Grund der §§. 3, 7, 8 und 14 des Gesetzes, betreffend die Kautionen der Staatsbeamten, vom 25. März 1873 (Gesetz-Samml. S. 125),
was folgt:

Einziger Paragraph.

Den zur Kautionsleistung verpflichteten Beamtenklassen aus dem Bereiche des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten treten hinzu:

der Inspektions-Assistent bei den klinischen Anstalten der Universität
Breslau und

der Inspektions-Assistent bei der Irren- und Nervenkl. der Universität
Halle.

Die Höhe der von den Inhabern dieser Stelle zu leistenden Amtskautionen wird auf je Eintausendachthundert Mark festgesetzt.

Im Uebrigen finden die Vorschriften der Verordnung vom 10. Juli 1874, betreffend die Kautionen der Beamten aus dem Bereiche des Staatsministeriums und des Finanzministeriums (Gesetz-Samml. S. 260), Anwendung.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insigne.

Gegeben Neues Palais, den 2. November 1891.

(L. S.)

Wilhelm.

Miquel. Gr. v. Zedlitz.

Redigirt im Bureau des Staatsministeriums.

Berlin, gedruckt in der Reichsdruckerei.

Gelehrte Anzeigen

für die

Königlichen Preussischen Staaten

— Nr. 33. —

(Z. 3191.) *Verordnung*, betreffend die Funktionen der Beamten aus dem Bereiche des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 2. November 1891.

Der Willkür, von Gottes Gnaden König von Preussen etc. betreffend die Anordnungen des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten vom 25. März 1873 (Gesetz-Sammlung S. 125) und folgt:

Einziger Paragraph.

Den zur Ausübung der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten treten hinzu:

der Inspektions-Rath bei den klinischen Anstalten der Universität Breslau und

der Inspektions-Rath bei der Jena- und Sternwarte der Universität Göttingen.

Die Größe der von den Inspektoren dieser Stelle zu leistenden Zuständigkeiten wird auf je Einsatzenbescheidungs-Rath festgesetzt.

Zur Ausführung dieser Vorschriften der Verordnung vom 10. Juli 1871, betreffend die Funktionen der Beamten aus dem Bereiche des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten (Gesetz-Sammlung S. 260), Anwendung.

Unterschied unter dieser höchstschwebenden Unterschrift und beiderseitigen königlichen Anstalt.

Gegeben Neues Palais, den 2. November 1891.

(L. 2.) Willkür

Dr. v. Gelpi

Bezeichnet im Sinne des Staatsrechts als
Staats-Gesetz in der Reichsversammlung